

Mehr Arbeit – mehr Unfälle

Gesetzliche Unfallversicherung muss mehr für Heilbehandlung und Rehabilitation aufwenden

Mehr Unternehmen, mehr Beschäftigte, mehr Arbeitsstunden, aber auch mehr Arbeitsunfälle: Die Eckdaten der gesetzlichen Unfallversicherung für 2010 spiegeln die sich erholende deutsche Wirtschaftsleistung wider. Parallel zu dieser Entwicklung ist das Risiko, einen Arbeitsunfall zu erleiden, leicht gestiegen. Das geht aus den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen hervor, die die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) heute in Berlin vorgelegt hat. Danach hat sich das Risiko von 24,3 Unfällen je 1.000 Vollarbeiter auf 25,8 Unfälle erhöht. Trotz dieser Erhöhung liegen die Unfallzahlen aber immer noch unter dem Niveau des Jahres 2008 (26,8 Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter).

In absoluten Zahlen bedeutet das: Die gesetzliche Unfallversicherung bot 2010 75,5 Millionen Menschen Versicherungsschutz – darunter Schüler, ehrenamtlich Tätige und Arbeitnehmer. Das sind 0,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Parallel hat sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöht: um 3,2 Prozent auf 59,106 Milliarden Stunden. Die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle ist 2010 um 7,7 Prozent auf 954.459 gestiegen. 519 Arbeitsunfälle endeten tödlich, das sind 63 mehr als im Vorjahr.

„Wenn die Wirtschaft brummt, dann lässt das leider nicht nur die Kasse klingeln“, sagt Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der DGUV. „Ein höheres Arbeitstempo lässt auch das Unfallrisiko steigen.“ Als Gegenmittel empfehle die gesetzliche Unfallversicherung Investitionen in den Arbeitsschutz, vor allem die Integration des Arbeitsschutzes in alle Betriebsabläufe. „Gerade kleinere und mittlere Betriebe tun gut daran, auf die kostenfreien Angebote der Unfallversicherung in der Prävention zurückzugreifen. Sonst geht der Auf-

schwung auf Kosten der Gesundheit und damit auch zu Lasten des langfristigen Unternehmenserfolgs.“

Ein weiterer Grund für den Anstieg der Unfallzahlen war der schnee- und eisglatte Winter zu Beginn und Ende des vergangenen Jahres. Gerade Branchen wie die Logistik und Verkehrswirtschaft, aber auch Postboten oder Zeitungsträger waren stark betroffen. Auch die deutliche Zunahme der Wegeunfälle auf dem Weg von und zur Arbeit erklärt sich durch die winterliche Rutsch- und Sturzgefahr. Ihre Zahl stieg 2010 um 25,4 Prozent auf 223.973. 367 Wegeunfälle endeten tödlich, das sind fünf Fälle mehr als 2009.

Berufskrankheiten

Die Zahl der bestätigten Berufskrankheiten ist signifikant gestiegen – und zwar um 22,1 Prozent. Der Grund dafür liege in einer veränderten Verwaltungspraxis, so Breuer. „Bei einem Großteil der bestätigten Berufskrankheiten handelt es sich um Hautkrankheiten. Bislang wurden erfolgreich behandelte Hautkrankheitsfälle als abgelehnte Berufskrankheiten gezählt. Diese Praxis wurde jetzt korrigiert.“ Bei einer bestätigten Berufskrankheit ist die berufliche Verursachung zwar festgestellt, es fehlen aber die gesetzlich festgelegten Voraussetzungen für eine Anerkennung – zum Beispiel die Aufgabe des Berufs. Die Betroffenen erhalten jedoch Leistungen zur Heilbehandlung und Individualprävention.

Die Anerkennung einer Berufskrankheit ist Voraussetzung für die Zahlung einer Rente. Eine Rente wird ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 20 Prozent gezahlt. Die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten ging 2010 auf 15.461 leicht zurück (um 3,8 Prozent). 6.123 Versicherte er-

hielten erstmals eine Rente aufgrund einer Berufskrankheit. 2.486 Menschen verloren infolge einer Berufskrankheit ihr Leben. Das sind 10,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Der größte Teil der gemeldeten Todesfälle (2.092) wurde durch anorganische Stäube, insbesondere Asbest verursacht.

Rehabilitation und Renten

Die gesetzliche Unfallversicherung hat 2010 3,676 Milliarden Euro für die Heilbehandlung und Rehabilitation ihrer Versicherten ausgegeben. Das sind 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Aufwendungen für finanzielle Entschädigungen stiegen um ein Prozent auf 5,628 Milliarden Euro. Für Prävention wendete die gesetzliche Unfallversicherung rund 911 Mio. Euro auf.

In der gewerblichen Wirtschaft mussten die Arbeitgeber 2010 9,8 Milliarden Euro für das Umlagesoll der Berufsgenossenschaften aufbringen. Das sind 352 Mio. Euro (3,7 Prozent) mehr als im Vorjahr. Hintergrund dieses Anstiegs sind die höheren Aufwendungen für Heilbehandlung und Rehabilitation. Als Konsequenz daraus hat sich für die Unternehmen der durchschnittliche Beitragssatz zu den Berufsgenossenschaften im Jahr 2010 von 1,31 auf 1,32 Prozent je 100 Euro beitragspflichtiges Entgelt erhöht.

Der Umlagebeitrag der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ist leicht gestiegen (+1,3 %) und liegt bei 1,238 Milliarden Euro.

Hintergrund:

Meldepflicht von Unfällen

In der allgemeinen Unfallversicherung sind Arbeits- und Wegeunfälle meldepflichtig, wenn sie zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder zum Tode führen. □

DGUV